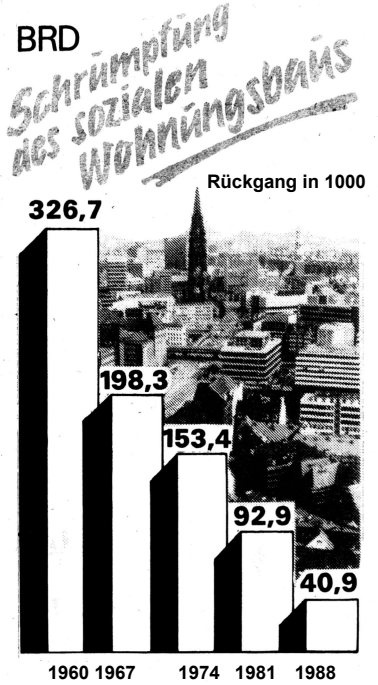


Das Recht auf Wohnraum

Das ist die Familie Scherber, BRD. Hans-Joachim Scherber ist Arbeiter. Aber eine Wohnung hat diese kinderreiche Arbeiterfamilie nicht. Hans-Joachim Scherber kommentiert die Unterkunft im Obdachlosenasyll in Hamburg so: „Wenn hier 7 Hunde wohnen würden, gäbe es wahrscheinlich Ärger mit dem Tierchutzverein.“ Wie die Scherbers leben über 1 Million Menschen in der BRD und leiden. Vor allem wegen der Kinder, denn sie haben ein moralisches Recht auf häusliche Geborgenheit. Wenigstens das, denn ein Recht auf Wohnung, wie es in der Menschenrechtskonvention der UNO aus dem Jahre 1948 gefordert wird, ist im Grundgesetz der BRD nicht verankert. Auch nicht im Grundsatzprogramm der CDU, das unter dem Wahlspruch „sicher, sozial und frei“ offen darlegt, was die CDU mit ihrer Politik erreichen will: „Bei dem Wunsch nach Eigentum steht das eigene Haus bzw. die eigene Wohnung weit im Vordergrund.“ Das ist jedoch ein Wunsch, den die Scherbers nicht einmal zu träumen wagen. Doch die CDU verkündet im besagten Programm stolz weiter: „Für uns verwirklicht sich in der Möglichkeit, Eigentum zu bilden, ein wichtiger Teil menschlicher Freiheit.“ Freiheit? Für wen? Für den, der sich die Ware Wohnung kaufen kann. Aber wovon, wenn die Gesellschaft nicht einmal das braucht, was Hans-Joachim Scherber als einziges zu verkaufen hat: seine Arbeitskraft.



- Es gibt in der BRD nicht zu wenig Wohnungen, es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen:
Registriert sind in
Köln 30 000,
Frankfurt (Main) 10 000,
München 20 000
Wohnungssuchende mit akutem Wohnungsnotstand.
- Der genehmigte Wohnungsbau ging in den Jahren von 1983 bis 1989 von 408 000 auf 208 000 Wohnungen zurück, darunter der Bau von sogenannten Sozialwohnungen von 55 000 auf 20 000.
- In der BRD betragen die Mietausgaben 30 bis 40 Prozent des Familiennettoeinkommens.